



HESSISCHER LANDTAG

11. 05. 2021

Plenum

Antrag

**Knut John (SPD), Tobias Eckert (SPD), Elke Barth (SPD),
Stephan Grüger (SPD), Marius Weiß (SPD) und Fraktion**

Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur für Mieterinnen und Mieter

Seit dem Jahr 2017 stehen mit dem Bundesprogramm „Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland“ und dem hessischen Programm „Förderung von Ladeinfrastruktur“ zwei Förderprogramme zur Unterstützung des Aufbaus von Ladeinfrastruktur zur Verfügung. Um den Prozess des Aufbaus zu forcieren und letztlich zu beschleunigen, müssen weitere Stellschrauben gedreht werden. Der einfache Zugang zur Lademöglichkeit sei laut Verkehrsminister Tarek Al-Wazir eine wichtige Stellschraube. Das stellt insbesondere Mieterinnen und Mieter vor große Herausforderungen. Sie verfügen über kein Wohneigentum, die Situation in den überwiegenden Wohnsiedlungen lassen nahezu keine Strombetankung mittels eigenem Zähler zu. Mieterinnen und Mieter haben nicht die Möglichkeit, das Elektroauto bequem über Nacht auf privaten Parkflächen oder aber wohnortnah zu laden.

Ein Ansatz könnte die verbindliche Installation einer Vorrichtung für Ladesäulen bei Neubauten und Totalsanierungen sein, der in die Hessische Bauordnung aufgenommen werden sollte.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Hessen noch erhebliche Lücken im ländlichen Raum und in den Ballungszentren aufweist. Das Lade-netz-Ranking des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) sieht Hessen beim Ladenetz im Bundesländervergleich auf dem letzten Platz. Insbesondere Mieterinnen und Mieter unterliegen einer Benachteiligung, wenn sie von fossilen brennstoffbetriebenen Fahrzeugen auf E-Fahrzeuge umstellen wollen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unter Einbeziehung der Verteilnetzbetreiber, ein umfassendes Ladeinfrastruktur-Konzept für Hessen zu entwickeln, um landesweite, aber auch regionale Schwachstellen zu erkennen und zu beheben. Das Konzept soll öffentlich und somit für die Bevölkerung zugänglich sein, um einerseits umfassende Informationen anzubieten, aber auch um die Hemmschwelle zur Benutzung von Elektroautos in der Bevölkerung zu senken.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Hessische Bauordnung dahingehend zu ändern, dass die Installation von E-Ladesäulen bei Neubauten und Totalsanierungen in einem zu definierenden Verhältnis zu Wohneinheiten vorzusehen ist und dass zumindest ein Teil der dafür benötigten elektrischen Energie ortsnah aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen ist (vornehmlich aus PV-Dachanlagen der jeweiligen Gebäude).
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mögliche Lösungen für Bewohnerinnen und Bewohner in Wohnblöcken, Hochhäusern oder innerstädtischen Wohnungen zu finden, um diesen die Möglichkeit zu gewähren, ihr Elektroauto wohnortnah laden zu können.

Wiesbaden, 11. Mai 2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Günter Rudolph

**Knut John
Tobias Eckert
Elke Barth
Stephan Grüger
Marius Weiß**